



Sessionsrückschau Sommersession 2021 **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**

In der Sommersession waren zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

Der **Nationalrat** befasste sich gleich in mehreren Vorstössen mit Kinderrechten. Zentral war die Detailberatung der Gesetzesvorlage zum [Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele](#). Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Zusätzlich zur Vorlage des Bundesrates will er auch In-App-Käufe regeln und das zuständige Bundesamt gesetzlich dazu verpflichten, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz und der Prävention zu ergreifen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. In diesem Zusammenhang wurde auch der Auftrag für ein [Massnahmenpaket zur Bekämpfung verschiedener Formen von Cyberabhängigkeiten](#) überwiesen, das im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht umgesetzt werden soll. Ebenfalls angenommen hat der Nationalrat das [Postulat seiner Bildungscommission](#), das einen dringlichen Bericht zu den Auswirkungen der Corona Krise auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, samt konkreten Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherung, fordert.

Schliesslich verlangt die Bildungscommission des Nationalrats in einem weiteren Postulat einen Übersichtsbericht zur Situation der bestehenden nationalen und kantonalen Angebote im Bereich [«Jugend und Ernährung»](#) als Basis für eine Strategie für eine nachhaltige Ernährung. Auch dieses Postulat wurde vom Nationalrat überwiesen.

Der **Ständerat** befasste sich mit dem Entwurf des Bundesrats zum Bundesgesetz [«Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte»](#). Er befürwortet die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI), die das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) ablösen soll. Die Menschenrechtsorganisationen in der Schweiz, darunter das Netzwerk Kinderrechte Schweiz, begrüssen den sehr deutlichen Entscheid des Ständerats zur Schaffung einer [NMRI in der Schweiz](#). Eine NMRI zählt zu den Grundpfeilern der Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Verglichen mit anderen europäischen und weiteren Ländern erhält die Schweizer NMRI allerdings einen eher bescheidenen Auftrag. Der Nationalrat muss nun dafür sorgen, dass ein offener Aufgabenkatalog im Gesetz verankert wird. Ein breites Mandat für die künftige NMRI wird für die Erlangung des A-Status gemäss UNO-Prinzipien entscheidend sein. Zur notwendigen Unabhängigkeit der Institution gehört auch ein nachhaltiges Finanzierungsmodell (siehe dazu: [Medienmitteilung der NGO-Plattform Menschenrecht vom 08.06.2021](#)).

Weiter beschloss der Ständerat die Beratung zum UNO-Migrationspakt zu sistieren, bis das Ergebnis der Subkommission «Soft Law» vorliegt. Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, den Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Mit der Sistierung der Beratung wird dies nun weiter verzögert. Aus Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würden mit der Unterzeichnung des Pakts die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entschieden gestärkt. Sei dies durch eine funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung ([weitere Infos im Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)). Als nächstes wird sich der Nationalrat zur Frage der Sistierung der Beratung äussern.

Schliesslich hat sich der Ständerat beim [Tabakproduktegesetz](#) für den liberalen Kurs des Nationalrats entschieden und will nur noch ein Verbot für Werbung von Tabakprodukte in Printerzeugnissen und auf Webseiten, die sich explizit an Minderjährige wenden. Klar scheint, dass die Volksinitiative [«Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»](#) zur Abstimmung kommen wird.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Sommersession 2021

Geschäft des Bundesrates

15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

Das Parlament will den Umgang mit Tabakprodukten strenger regeln. Umstritten sind die neu geplanten Werbebeschränkungen. Der Nationalrat schlägt einen etwas liberaleren Weg als der Ständerat vor. Weil das Parlament noch eine Weile mit dem neuen Bundesgesetz über Tabakprodukte beschäftigt sein wird, haben beide Räte die Übergangsregelung für Tabakprodukte im Lebensmittelgesetz um vier Jahre verlängert.

Das neue Tabakproduktegesetz soll nach dem Willen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-SR) als indirekter Gegenvorschlag «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» lanciert werden.

- Der Ständerat schwenkt auf den liberaleren Kurs des Nationalrats um: Das Verbot für Werbung in Presseerzeugnissen und auf Internetseiten gilt nur für solche, die sich direkt an Minderjährige richten. Dagegen soll künftig vom öffentlichen Grund einsehbar Plakatwerbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten sowie Werbung in Kinos, öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden und auf Sportplätzen verboten sein. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. Klar scheint bereits jetzt, dass die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» zur Abstimmung kommen soll.

Geschäft des Bundesrates

20.069

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz

Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieter von Plattformdiensten für Videos oder Videospiele (z. B. YouTube, Twitch) in die Pflicht genommen. Die Systeme zur Altersklassifizierung und die Regeln zur Alterskennzeichnung sowie zur Alterskontrolle sollen von den Akteuren im Film- und Videospielebereich entwickelt werden. Diese müssen sich hierfür zu Jugendschutzorganisationen zusammenschliessen und eine Jugendschutzregelung erarbeiten, die dem Bundesrat zur Verbindlichkeitserklärung vorlegt wird. Die Bildungskommission des Nationalrats hat die Vorlage mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Nationalrat ist in der Frühjahrsession auf das Geschäft eingetreten, nun folgt die Detailbehandlung zusammen mit dem Postulat der WBK-NR «Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit».

- Minderjährige sollen vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Filmen und Games geschützt werden. So will es der Nationalrat. Er hat als Erstrat eine Vorlage angenommen, die etwa Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Er nahm das neue Gesetz in der Gesamtabstimmung mit 112 zu 74 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrats will die grosse Kammer auch sogenannte In-App-Käufe regulieren. Überdies soll das zuständige Bundesamt gesetzlich dazu verpflichtet werden, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz und der Prävention zu ergreifen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



UNO-Migrationspakt

An seiner Sitzung vom 3. Februar 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zum UNO-Migrationspakt verabschiedet. Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Ziel des UNO-Migrationspaktes ist es, mittels gemeinsam getragener Prinzipien und Zielsetzungen die weltweite Migration künftig sicherer und geordneter zu steuern und irreguläre Migration zu verringern. Der Pakt bezieht sich nebst den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und der UNO Menschenrechtskonvention auch klar auf die UNO-Kinderrechtskonvention. Von den 23 Zielen des Pakts betreffen 15 Kinder und deren Schutz. Es handelt sich dabei um politisch verpflichtende Ziele und Leitprinzipien und nicht um rechtlich bindende Grundlagen. Der UNO-Migrationspakt anerkennt die jungen Migrantinnen und Migranten in erster Linie als Kinder, deren Kindsinteresse im Migrationskontext handlungsleitend sein soll.

In der Wintersession 2018 beauftragte das Parlament den Bundesrat, ihm den Antrag auf Zustimmung zum UNO-Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Aus der Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würde er mit der Unterzeichnung des Regelwerks die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entscheidend stärken. Sei dies durch eine funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung. Der Pakt bietet eine Chance das Kindeswohl ins Zentrum zu rücken, damit Kindern und Jugendlichen eine nachhaltige Zukunftsperspektive ermöglicht werden kann ([weitere Infos im Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)).

- Der Ständerat will die Beratung zum UNO-Migrationspakt sistieren und zuvor das Ergebnis der Subkommission «Soft Law» abwarten, bevor er wieder über den Pakt berät. Als nächstes wird der Nationalrat über die Sistierung beraten.

Gschäft des Bundesrates

Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zum Schutz der Menschenrechte. Bundesgesetz

Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die Vorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) gutgeheissen. Er verstärkt damit seinen Einsatz für die Menschenrechte, die in der Schweiz auch in der Bundesverfassung verankert sind. Die NMRI wird unabhängig sein, breite gesellschaftliche Kreise einbeziehen und vom Bund eine jährliche Finanzhilfe erhalten. Mit der Vorlage soll das Pilotprojekt durch eine dauerhafte, gesetzlich verankerte NMRI in der Form einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abgelöst werden. Mit diesem Modell wird sowohl den Ergebnissen der Vernehmlassung, als auch den Vorgaben der UNO Rechnung getragen. Um zwischen dem bis Ende 2020 befristeten Pilotprojekt und der Nachfolgeinstitution keine Lücke entstehen zu lassen, ist eine Verlängerung des Pilotprojekts um weitere zwei Jahre vorgesehen

- Der Ständerat befürwortet eine nationale Menschenrechtsinstitution. Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) soll die nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) nach Vorgaben der UNO werden. Der Ständerat hat dem Vorhaben als Erstrat mit 34 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Als Pilotprojekt existiert das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte seit 2011. Der Bund unterstützt das Zentrum jährlich mit einer Million Franken. Das Geschäft geht an den Nationalrat.



Parlamentarische Initiative Wehrli Laurent

19.463

Für ein Programm zu Jugend und Ernährung

Die parlamentarische Initiative fordert ein Programm zum Thema «Jugend und Ernährung» zu erstellen und umzusetzen. Dies nach dem Vorbild der Programme zu «Jugend und Kultur» (Art. 67a der Bundesverfassung) und zu «Jugend und Sport» (Art. 68 der Bundesverfassung).

Der Nationalrat hat der Initiative Folge gegeben. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat entschieden der Initiative keine Folge zu geben, weil nach ihrer Ansicht die Kantone dafür zuständig sind.

- Der Ständerat hat sich gegen ein Programm «Jugend und Ernährung» ausgesprochen. Er sieht hier vor allem die Eltern und die Schule in der Pflicht. Die Vorlage ist somit vom Tisch.

Parlamentarische Initiative Hess Erich

20.412

Keine Kinderrenten mehr ins Ausland ausbezahlen

Der Initiant fordert, dass künftig Kinderrenten nur Kindern ausbezahlt werden, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Mit den Kinderrenten sollen finanzielle Belastungen durch ein oder mehrere Kinder teilweise ausgeglichen werden. Der Initiant befürchtet einen Missbrauch der Regelung durch Auswanderer. Die SGK-NR beantragte deutlich, der Initiative keine Folge zu geben.

- Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt.

Parlamentarische Initiative Prelicz-Huber Katharina

20.413

Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service public

Die Initiative verlangt eine neue Verfassungsbestimmung zur familien- und schulergänzenden Betreuung. In dieser wird festgehalten, dass die Kantone zuständig sind ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochstehendes und dem Kindeswohl verpflichtetes Angebot zu schaffen, das allen Kindern offensteht. Die Betreuung steht ab Ende des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs bis Ende der Volksschulzeit zur Verfügung. Sie untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. Sie ist unentgeltlich. Der Bund gewährt den Kantonen Beiträge an ihre Aufwendungen. Die WBK-NR gibt der Initiative keine Folge.

- Der Nationalrat hat der Initiative keine Folge gegeben. Das Geschäft ist somit vom Tisch.

Parlamentarische Initiative Markwalder Christa

20.455

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken pro Kind und Jahr

Die Initiantin fordert eine steuerliche Entlastung für familienergänzende Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken pro Kind und Jahr. Sowohl die ständerätliche als auch die nationalrätliche Bildungskommission haben der Initiative bereits Folge gegeben und eine entsprechende gesetzliche Grundlage erarbeitet, die nun vom Nationalrat behandelt wird.

Der Nationalrat stimmt deutlich höheren Abzügen bei den Steuern für die familienergänzende Kinderbetreuung zu. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnt er hingegen ab. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.



Motion Quadranti Rosmarie

19.3610

Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzesvorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) dem Parlament rasch zu unterbreiten und zudem sicherzustellen, dass das seit neun Jahren bestehende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) seine Arbeit fortführen kann, bis das NMRI-Gesetz in Kraft tritt. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion und auch der Nationalrat hat sich bereits dafür ausgesprochen.

- Der Ständerat lehnt die Motion ab und will das Vorhaben über das Geschäft 19.073 umsetzen, welchem er ebenfalls in der Sommersession zugestimmt hat.

Motion Zanetti Roberto

19.3705

Ersatzleistungen für befristete Drittbetreuungskosten infolge krankheits- oder unfallbedingter Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, Lösungsvorschläge aufzuzeigen, die befristete Ersatzleistungen für Drittbetreuungskosten vorsehen, welche aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen anfallen.

Wenn aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Betreuungsunfähigkeit (z. B. Spitalaufenthalt, Bettlägrigkeit etc.) betreuungsbedürftige Personen, insbesondere Kinder, in Drittbetreuung gegeben werden müssen, können beträchtliche Kosten entstehen. In der Regel wird die Drittbetreuung im Familien- und Bekanntenkreis gelöst werden können. In den wenigen Fällen, wo dies nicht möglich ist, drohen hohe Drittbetreuungskosten. Während die krankheits- oder unfallbedingten Heilungskosten und Erwerbsausfälle in der Regel versichert sind oder versichert werden können, gibt es für die entsprechend bedingten Drittbetreuungskosten keine adäquate Lösung. Die Sozial- und Gesundheitskommission des Ständerats hat eine entsprechende Vorlage erarbeitet, der Ständerat befasst sich nun zum ersten Mal damit.

- Der Ständerat lehnt die Motion mit 21 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Er anerkennt zwar, dass es in Einzelfällen zu Notsituationen kommen könne, allfällige Ersatzleistungen für die befristete Drittbetreuung müssten aber von Kanton und Gemeinden geregelt werden. Der Vorstoss ist somit vom Tisch.

Motion Quadranti Rosmarie

19.3840

Verbot der «Heilung» homosexueller Jugendlicher

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Therapien in der Schweiz zu verbieten, welche zum Ziel haben, die sexuelle Orientierung bei Kindern und Jugendlichen zu verändern. Zudem soll geprüft werden, ob für Psychologinnen und Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, Seelsorgerinnen und Seelsorger usw. die «Heilungen» machen, ein Berufsverbot erwirkt werden kann oder welche anderen Sanktionierungen möglich sein könnten. Zudem muss der Bundesrat sicherstellen, dass solche Therapien grundsätzlich (auch bei Erwachsenen) nicht über die Krankenkasse abgerechnet werden können. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

- Die Motion wurde abgeschrieben, weil sie nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt wurde.



Motion Masshardt Nadine

19.3847

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Endlich eine echte Elternzeit

Die Motion Masshardt beauftragt den Bundesrat, eine Elternzeit mit folgenden Eckpunkten einzuführen: Nach der Niederkunft oder der Aufnahme zur Adoption hat die Arbeitnehmerin Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub und der Arbeitnehmer Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen. Darüber hinaus haben beide Elternteile Anspruch auf mindestens 10 weitere Wochen Elternzeit. Zusätzlich zur Mutterschaftsentschädigung hat der Arbeitnehmer Anspruch auf eine Vaterschaftsentschädigung, und beide Elternteile haben Anspruch auf eine Entschädigung für Elternzeit unter den gleichen Voraussetzungen gemäss Artikel 329f OR. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, die Motion ist zum ersten Mal im Rat traktandiert.

- Die Motion wurde abgeschrieben, weil sie nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt wurde.

Motion Quadranti Rosmarie und Motion Bertschy Kathrin

19.3848 / 19.3849

Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile für Chancengleichheit im Erwerbsleben

Die Motionen Bertschy und Quadranti fordern einen Ersatz der Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit von je 14 Wochen für beide Elternteile. Die Motionen werden zum ersten Mal im Rat behandelt, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motionen.

- Die Motion wurde abgeschrieben, weil sie nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt wurde.

Motion Schläpfer Therese

19.4191

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass ausländische Personen bei Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich zwingend des Landes verwiesen werden. Die Vorlage wird im Rat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Die Motion wurde in der Sommersession noch nicht beraten.

Motion Schläpfer Therese

19.4261

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass bei Eheschliessungen, bei denen ein Ehepartner jünger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet werden muss, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist. Die Vorlage wird im Rat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Die Motion wurde in der Sommersession noch nicht beraten.

Motion Baume-Schneider Elisabeth

21.3283

Mutterschutz vor der Niederkunft

Basierend auf den Schlussfolgerungen des Bundesratsberichts vom 2. März 2018 in Erfüllung des Postulats 15.3793 «Mutterschaftsurlaub. Erwerbsunterbrüche vor der Geburt» wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbssersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaubs von drei Wochen vorzulegen. Der Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft wird dadurch nicht angetastet.

- Der Ständerat weist das Geschäft an die zuständige Kommission zur Vorberatung zu.



Motion Herzog Eva

21.3291

Finanzielle Notlage für Auszubildende. Covid-19 macht dringendes Handeln für Auszubildende und Studierende notwendig!

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, Bundesmittel zur Verfügung zu stellen, um finanzielle Härtefälle bei Auszubildenden und Studierenden aufzufangen und so Studienabbrüche zu verhindern. Die Realisierung kann in Form einer public private partnership mit gemeinnützigen Stiftungen erfolgen, welche in der direkten Bildungsförderung grosses Know-how vorweisen können. Der Ständerat behandelt die Motion als Erstrat.

- Das Parlament erachtet die Bereitstellung von Bundesmitteln für finanzielle Notlagen von Studierenden und Auszubildenden als ausreichend. Der Ständerat hat die Motion mit 21 zu 17 Stimmen abgelehnt. Auch der Nationalrat lehnte eine gleichlautende Motion von Nationalrätin Franziska Roth (SP/SO) ab.

Postulat Romano Marco

19.3764

Bericht über die Umwelterziehung

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er verschiedene Möglichkeiten prüft, wie ein nationaler Aktionsplan zur Bildung in Nachhaltigkeit in der obligatorischen Schule gefördert werden könnte. Der Bund soll unter Wahrung der kantonalen Autonomie und unter Beachtung der zahlreichen bereits laufenden Projekte das Gesamtbild analysieren, insbesondere im Hinblick auf ein Querschnittskonzept zur Sensibilisierung und zur Bildung der Kinder und Jugendlichen in Umweltfragen und im sparsamen und bewussten Umgang mit den Ressourcen (Umweltbildung). Der Nationalrat befasst sich mit dem Postulat als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung.

- Der Nationalrat hat das Postulat mit 111 zu 81 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Postulat Reynard Mathias

19.3785

Der digitale Analphabetismus führt zu sozialer Ausgrenzung

Der Postulant fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine Studie zu unterbreiten, die den Umfang des Phänomens des digitalen Analphabetismus erhebt sowie darauf basierend eine Strategie beinhaltet, die es in Zusammenarbeit mit den Kantonen erlaubt, allfällige Lücken zu schliessen und die Ausbreitung eines solchen Phänomens zu verhindern (in Anlehnung an die Plattform «Jugend und Medien» des BSV). Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

- Die Motion wurde abgeschrieben, weil sie nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt wurde.

Postulat Feri Yvonne

19.4016

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

Das Postulat von Yvonne Feri verlangt vom Bundesrat zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Fedpol mit Verdachtsmeldungen betreffend sexuelle Gewalt an Kindern (v.a. auch aus dem Ausland) umgeht, und welche Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden könnte. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

- Die Motion wurde in der Sommersession noch nicht beraten.

Postulat Regazzi Fabio

19.4105

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

Das Postulat von Fabio Regazzi beauftragt den Bundesrat zu prüfen, welche rechtlichen und sonstigen Massnahmen nötig sind, um Kinderprostitution im Internet wirksam zu bekämpfen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

- Die Motion wurde in der Sommersession noch nicht beraten.



Postulat WBK-NR

20.4343

Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit

Der Bundesrat wird ersucht, im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von Cyberabhängigkeit zu erarbeiten. Die gemeinsam mit den Kantonen, den im Bereich der Prävention tätigen Vereinen und den sonstigen Akteuren dieses Sektors erarbeiteten Massnahmen decken die folgenden Bereiche der Suchtbekämpfung ab: Bildung, Prävention, Behandlung und Risikoverminderung. Das Geschäft wird zusammen mit dem Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele beraten.

- Der Nationalrat spricht sich mit 123 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen für das Postulat aus.

Postulat WBK-NR

21.3005

Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich «Jugend und Ernährung» bestehen, wie diese finanziert und welche Zielgruppe adressiert werden. Weiter soll der Bericht zum Zweck einer Strategie für eine nachhaltige Ernährung Angebotslücken eruieren und Massnahmen zur besseren Koordination und Kommunikation der Angebote aufzeigen.

Eine Minderheit der Kommission (Huber, Haab, Gafner, Gutjahr, Herzog Verena, Keller Peter, Umbricht Pieren) beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

- Der Bundesrat muss in einem Bericht darlegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich «Jugend und Ernährung» bestehen, wie diese finanziert werden und an welche Zielgruppe sie sich wenden. Diesen Auftrag hat ihm der Nationalrat mit 108 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen erteilt.

Postulat Jositsch Daniel

21.3103

Mehr Fairness bei der Lehrstellenausschreibung und Lehrstellenvergabe

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Auswirkungen der Zeitpunkt der Ausschreibung und der Vergabe von Lehrstellen auf Jugendliche und ihre berufliche Zukunft hat. Dabei sollen auch nötige Massnahmen für die verschiedenen Akteure der Berufsbildung aufgezeigt werden. Der Ständerat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

- Der Ständerat nimmt das Postulat mit 20 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung an.

Postulat Z'graggen Heidi

21.3230

Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft durch die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, einen Bericht zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (v.a. auch auf die Jugendlichen) zu erstellen. Gestützt auf diese Erhebungen soll er Schlüsse ziehen und berichten, ob Handlungsbedarf besteht und wie die allfälligen Auswirkungen der getroffenen Massnahmen geheilt werden sollen. Das Postulat wird vom Ständerat als Erstrat behandelt.

- Ein Bericht soll Aufschluss über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Massnahmen geben. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat von Heidi Z'graggen (Mitte/UR) an den Bundesrat überwiesen. Nach der Postulantin fehlen belastbare Daten für die Folgen der Covid-19-Massnahmen für die Gesellschaft und die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen. Der Bundesrat empfahl das Postulat zur Annahme.



Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, in einem dringlichen Bericht die Situation darzulegen und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Zudem wird der Bundesrat gebeten, konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insb. Studierende) zu definieren. Mit dem Postulat will die Bildungskommission des Nationalrats einen Gesamtüberblick über die aktuelle Lage in der Schweiz zu den direkten und indirekten Auswirkungen der Corona-Krise auf Familien, Bildungseinrichtungen und vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erstellen.

Eine Minderheit der Kommission (Umbricht Pieren, Chevalley, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter) beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat.

- Der Bundesrat soll «in einem dringlichen Bericht» aufzeigen, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Gleichzeitig soll er konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorschlagen. Das will der Nationalrat. Er hat gegen den Willen der SVP mit 116 zu 59 Stimmen bei vier Enthaltungen ein entsprechendes Postulat an die Regierung überwiesen.

Interpellation Sommaruga Carlo

21.3298

Minderjährige in den Lagern der Demokratischen Kräfte Syriens in Nordsyrien. Das Völkerrecht gebietet die sofortige Rückführung der Kinder

Vor Kurzem, am 8. Februar 2021, schickten mehrere UNO-Berichterstatteur ein Schreiben an 57 Staaten, darunter die Schweiz, um ihre grosse Besorgnis über die humanitären und sicherheitstechnischen Bedingungen in den Lagern auszudrücken. Diese Experten haben die Staaten dazu aufgerufen, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Rechte der betroffenen Personen, insbesondere der Frauen und Kinder, sicherzustellen. Vor dem Hintergrund stellt der Interpellant die folgenden Fragen:

1. Ist der Bundesrat bereit, seinen Entscheid vom März 2019 rückgängig zu machen, indem er die Rückführung der Kinder veranlasst, auch wenn dies bedeutet, dass auch die Mutter der Kinder in der Schweiz aufgenommen werden muss?
2. Sollte der Bundesrat nicht eingestehen, dass er, wenn er seine Position nicht ändert und die Rückführung der beiden Schweizer Kinder aus Genf zusammen mit ihrer Mutter nicht gestattet, das Völkerrecht und insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes verletzt?
3. Beabsichtigt der Bundesrat, die Arbeitsgruppe für die Betreuung und Rückführung von Schweizer Kindern wiedereinzusetzen? Falls ja, welche konkrete Mission hätte sie, zumal es ihr nicht gelungen ist, eine Lösung für die Rückführung der beiden Kinder zu finden?
4. Hält es der Bundesrat nicht für sinnvoll, die Väter in ihrem privaten Vorgehen zur Rückführung ihrer Töchter zu unterstützen, indem er sich dafür einsetzt, dass die Väter die elterliche Sorge über ihre Töchter wiedererlangen und dass ihnen die Pässe ihrer Kinder ausgehändigt werden, da diese für die Rückreise unerlässlich sind?
 - Der Interpellant ist mit der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.



Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung

Die Standesinitiative kommt zum Schluss,

- dass es jedes Jahr Tausenden von Familien in der Schweiz schwerfällt bzw. unmöglich ist, externe Kinderbetreuungsplätze zu finden;
- der Hauptgrund für diese Schwierigkeiten der klare Mangel an Betreuungsplätzen ist;
- der Bundesrat beschlossen hat, sein Impulsprogramm vom 1. Februar 2003 zur Schaffung externer Kinderbetreuungsplätze nicht zu verlängern;
- die Kosten angesichts der unter dem Vorwand der Subsidiarität beendeten finanziellen Unterstützung durch den Bund nun nahezu ausschliesslich zulasten der Gemeinden und Kantone gehen;
- es einer starken Familienpolitik bedarf, die gemeinsam von den Gemeinden, den Kantonen und vom Bund finanziert wird.

Deshalb fordert der Grosse Rat des Kantons Genf die Bundesversammlung dazu auf, die Förderung von Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter auf Gemeinde- und Kantonsebene sowie die dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von externen Kinderbetreuungsplätzen in der Bundesverfassung zu verankern. Die ständerätliche Bildungskommission beantragt mit 9 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Initiative keine Folge zu geben.

- Der Ständerat gibt der Initiative keine Folge. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.